

BRE/SK/RK/LUG/AX/KI/KO/dp/sm/zm

3003 Berne, le 8 avril 1974

CONFIDENTIEL

CSCE - Rapport intermédiaire
sur l'état des travaux de la 2ème phase de la Conférence sur
la Sécurité et la Coopération en Europe

Vous voudrez bien trouver ci-après un rapport intermédiaire portant sur la période du 15 janvier au 5 avril 1974.

Cette période a été caractérisée par une lenteur excessive dans les travaux de rédaction. On peut en rechercher les causes dans un manque de volonté politique du côté des Soviétiques et dans la désunion chez les Neuf.

* *
*

1. Kommission I

Hier hat sich seit Wiederaufnahme der Arbeiten nur ein erwähnenswertes Problem gestellt. Die jugoslawische Delegation hat ein Dokument über die Minderheitenfrage eingereicht, das sie in einem Arbeitsorgan der ersten Kommission - wenn möglich in der Spezialarbeitsgruppe B - hätte behandeln lassen wollen. Verschiedene

./.

westliche Staaten unter der Führung Griechenlands haben sich jedoch gegen dieses Vorhaben gestellt mit dem Hinweis darauf, die Helsinki-Schlussempfehlungen enthielten im Rahmen der ersten Kommission kein entsprechendes Mandat. Die Frage der Minderheiten müsse daher dort behandelt werden, wo es das Helsinki-Dokument gestatte, z.B. im Zusammenhang mit dem Prinzip über die Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere aber in der dritten Kommission, wo die Minderheiten bei den Fragen der Kultur und der Bildung ausdrücklich erwähnt werden. Auch die Oststaaten scheinen über diesen Minderheiten-Vorschlag der Jugoslawen nicht gerade glücklich gewesen zu sein. Es steht der jugoslawischen Delegation frei, später wieder auf die Frage zurückzukommen, doch dürfte sie auch dann nicht mehr Erfolg haben.

a) Unterkommission A (Prinzipien)

Seit Wiederaufnahme der Arbeit im Januar hat sich die erste Unterkommission der Redaktion des operativen Teils des Prinzipienkatalogs gewidmet. Das Ergebnis sieht folgendermassen aus :

1. Prinzip : Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte

Ein Text ist provisorisch registriert worden. Er setzt sich zusammen aus einer Klausel allgemeiner Natur und verschiedenen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die internen Verhältnisse und die externen Beziehungen der Staaten.

2. Prinzip : Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt

Der zu diesem Prinzip provisorisch registrierte Text enthält ebenfalls eine einleitende generelle Klausel sowie einige besonders wichtige Sachverhalte. Es ist, nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen der schweizerischen Delegation, gelungen, neben der direkten

auch die indirekte Gewaltanwendung ausdrücklich zu erfassen, obwohl dieses Vorhaben anfänglich auf den Widerstand verschiedener Ostblockstaaten gestossen ist.

3. Prinzip : Unverletzlichkeit der Grenzen

Bei diesem Prinzip hat sich das bisher grösste Problem gestellt. Verschiedene westliche Delegationen haben nämlich anfänglich darauf bestanden, dass der Text eine besondere Klausel über die Möglichkeit der friedlichen Grenzänderungen enthalten sollte, während der Ostblock die Einfügung eines derartigen Satzes strikte abgelehnt hat, ohne jedoch die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen zu verneinen. Die Oststaaten haben die Auffassung vertreten, es genüge, das Prinzip derart zu formulieren, dass diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werde. Schliesslich hat man sich auf folgende vorläufige Kompromisslösung geeinigt : Es ist ein Text, der das eigentliche Prinzip enthält, provisorisch registriert worden, wobei es auf Bestreben der Oststaaten gelungen ist, sämtliche Klammern zu beseitigen. Die Klausel über die friedlichen Grenzänderungen ist auf einem besonderen Papier provisorisch festgehalten worden. Ueber ihren endgültigen Platz im Prinzipienkatalog wird später entschieden werden. Dieser Kompromiss lässt jedoch die Annahme zu, dass die Klausel schliesslich nicht im dritten Prinzip erscheinen wird.

Abschliessend kann zur Arbeit der Unterkommission A folgendes gesagt werden : Alle bisher festgehaltenen Texte sind, wie bereits erwähnt, nur provisorisch registriert, was schon die vielen Klammern beweisen, die die ersten beiden noch aufweisen. Die endgültige Entscheidung über den Wortlaut und allenfalls auch den Platz der Texte im Schlussdokument (oder in den Schlussdokumenten) wird erst in der sogenannten zweiten Lesung fallen. Wenn man diese zweite Lesung und die Tatsache in Betracht zieht, dass vorher noch sieben weitere Prinzipien sowie die Präambel- und Schlussbestimmungen in der ersten Lesung durcharbeiten sind, wird man mit

der Annahme einer noch langen Konferenzdauer nicht fehlgehen - es sei denn, nach der Osterpause erführen die Verhandlungen eine massive Beschleunigung.

b) Spezialarbeitsgruppe B

Dieses Arbeitsorgan hat sich mit den zu den drei Sätzen von Punkt 21 der Schlussempfehlungen von Helsinki eingereichten Vorschlägen zu befassen. Es sind demzufolge behandelt worden :

1. Ein sowjetischer Vorschlag

Die Sowjetunion hat ihren bereits in Helsinki eingereichten Vorschlag nach starkem Widerstand einer beträchtlichen Zahl von Delegationen - sei es gegen das gesamte Projekt oder gegen einzelne Punkte - voraussichtlich fallen gelassen, hat sie doch in einer der letzten Sitzungen einen neuen Vorschlag unterbreitet. Der neue Text ist grundsätzlich nur noch eine etwas ausführlichere Formulierung des ersten Satzes von Punkt 21 des Helsinki-Schlussdokuments. Die Sowjetunion hat verlangt, dass der neue Text in die Redaktionsphase geführt werde.

2. Ein rumänischer Vorschlag

Hier ist in grossen Zügen die gleiche Entwicklung wie beim sowjetischen Vorschlag zu verzeichnen : Rumänien hat seinen im September 1973 eingereichten Text infolge der daran geübten massiven Kritik revidiert. Die neue Version ist nun bereits seit einiger Zeit in der Redaktionsphase, doch hat man bisher noch keine erwähnenswerten Resultate erzielt.

3. Der schweizerische SRPD-Vorschlag

Sämtliche Kapitel dieses Entwurfs sind einer generellen Debatte unterzogen worden. Abgesehen von den Meinungsunterschieden betreffend das Hauptproblem (Obligatorium), hat man bald feststellen müssen, dass die Zeit, die in der zweiten Phase der Sicherheitskonferenz zur Verfügung steht, nicht ausreichen kann, um ein derart umfangreiches Vertragswerk zu erarbeiten. So hat sich denn das Hauptaugenmerk in den letzten dem SRPD gewidmeten Sitzungen auf die Fortsetzung der Arbeiten nach der Konferenz gerichtet. Zu diesem Zweck hätte die Sicherheitskonferenz ein Mandat zu verabschieden, das in der Spezialarbeitsgruppe zu formulieren wäre. Vorgängig sind allerdings noch einige grundsätzliche Fragen abzuklären, deren Beantwortung jedoch einem Grossteil der Delegationen erst nach der Osterpause möglich ist.

c) Unterkommission C (militärische Fragen)

Im Zuge der am 11.3.1974 aufgenommenen Redaktionsarbeit wurde innerhalb einer Arbeitsgruppe von neutralen und blockfreien Staaten (Österreich, Finnland, Schweden, Schweiz und Jugoslawien, Malta, Zypern) ein gemeinsames Papier über die militärischen Aspekte der Sicherheit in Europa erarbeitet. Dieses Dokument soll ein Gegengewicht zu den bestehenden Papieren der NATO und Warschauerpaktstaaten (WP) bilden und umreisst in einer klaren, präzisen und bestimmten Aussage die Haltung dieser "N+N-Staaten" zu den CBM (Confidence Building Measures).

Das Dokument wurde in der Unterkommission, vor allem von westlicher Seite, begrüsst und einige Delegationen hoben besonders die Tatsache hervor, dass es als gutes Omen zu werten sei, wenn sechs Staaten, die sich durch Grösse, geographische Lage wie auch das politische System unterscheiden, ein solches umfassendes Papier präsentieren können. Das Dokument der "Sechs" bildet aus

- 6 -

diesem Grunde nunmehr neben dem englischen "Draft Proposal" die Grundlage für die Redaktion der vertrauensbildenden Massnahmen.

Die Abfassung eines Textes vollzieht sich wegen der vorhandenen Divergenzen zwischen West und Ost über die Parameter bei den Fragenkomplexen "vorherige Ankündigung von Manövern" resp. "Bewegungen" nur schleppend. Da eine Annäherung der Standpunkte vor dem Oster-Unterbruch kaum möglich scheint, beschränkt man sich im jetzigen Zeitpunkt auf die Erarbeitung eines Text-Skelettes, der eine Anzahl Alternativvorschläge zu den obenerwähnten Parametern enthält.

Es ist offensichtlich, dass im jetzigen Moment der politische Wille vor allem bei den Warschauerpakt-Staaten fehlt, um im Bereich der CBM einen Kompromiss herbeizuführen; in der Frage der vorherigen Ankündigung von grösseren militärischen Bewegungen muss sogar eine Verhärtung der Standpunkte festgestellt werden.

Der Grund für diese Haltung des Ostens ist zum Teil wohl darin zu suchen, dass sich die USSR von den MFR-Gesprächen in Wien, die parallel mit der KSZE durchgeführt werden, bessere und verbindlichere Resultate auch auf dem Gebiet der CBM als von den Verhandlungen an der KSZE erhofft.

./.

2. Commission II

- I. Au bilan matériel des travaux de ce deuxième trimestre en Commission II - travaux exclusivement consacrés, dès le 15 janvier dernier, à la rédaction proprement dite des différents textes afférents aux cinq matières d'examen relevant de la "Coopération dans les domaines de l'économie, de la science et de la technique, et de l'environnement" -, on retiendra comme suit les points d'accord enregistrés :
- 1) Echanges commerciaux : Accord s'est fait en la matière sur la rédaction de deux types de questions :
 - a) S'agissant des dispositions générales convenues en vue de développer le commerce, cinq principes de base ont été établis, portant successivement sur :
 - i) le rôle grandissant du commerce comme l'un des facteurs les plus importants de la croissance économique;
 - ii) la nécessité d'adapter le volume et la structure des échanges aux possibilités réelles des partenaires;
 - iii) la nécessité d'éviter les brusques fluctuations dans les échanges;
 - iv) la nécessité de créer de meilleures conditions à la participation directe de sociétés, firmes et entreprises au développement du commerce;
 - v) l'opportunité d'adopter des mesures de promotion et de diversification des échanges.
 - b) Au titre des mesures particulières susceptibles de faciliter les transactions commerciales, accord s'est fait sur la définition d'un certain nombre d'éléments devant conduire à une amélioration de l'échange d'informations économiques et commerciales, en vue d'assurer une prospection commerciale appropriée et permettre ainsi

une meilleure utilisation des possibilités du commerce.

2) Coopération industrielle : Deux aspects ont ici retenu principalement l'attention :

a) Formes et modalités : Après avoir souligné l'utilité, pour le développement de la coopération industrielle, de diverses formes concrètes de coopération telles que la production et la vente en commun, la création, l'aménagement et la modernisation des entreprises industrielles, l'échange de "know-how", d'informations techniques, de brevets et de licences, accent a été mis sur la nécessité de favoriser de nouvelles formes de coopération, mieux en accord avec le fait que la coopération industrielle englobe une série de types de relations économiques qui dépassent le cadre des échanges commerciaux conventionnels.

S'agissant des modalités, l'on s'est déclaré prêt à promouvoir le développement de la coopération directement entre organismes, entreprises et firmes compétentes des pays respectifs, tout en admettant que la conclusion d'accords intergouvernementaux pouvait en faciliter la réalisation.

b) Mesures de promotion : L'on s'est attaché essentiellement ici à faire valoir l'importance de l'information économique, commerciale, technique et administrative dans le développement de la coopération industrielle, information dont il s'agit d'améliorer la qualité et la diffusion dans le cadre des commissions mixtes, des chambres de commerce et d'autres organismes similaires.

3) Science et technique : C'est d'abord à l'identification des domaines de coopération souhaitables qu'ont été consacrés les travaux de rédaction. Les domaines ci-après ont été

retenus, essentiellement à titre d'exemple et donc de manière non limitative : technologie des transports; recherche spatiale; énergie; médecine et santé publique; météorologie et hydrologie; océanographie; physique; chimie; technologies des ordinateurs, des communications et de l'information; recherche glaciologique; recherche sur l'environnement.

Le caractère indicatif de cette liste a naturellement conduit à prévoir qu'il incomberait aux partenaires directement intéressés -- organisations, institutions, scientifiques individuels -- de définir concrètement les possibilités d'une coopération mutuellement avantageuse, et d'en mettre au point les détails.

Accord s'est, par ailleurs, fait sur la nécessité de promouvoir des échanges de vues et d'informations périodiques sur les politiques scientifiques respectives, en particulier sur l'orientation et l'administration de la recherche, ainsi que sur l'utilisation des grands équipements scientifiques.

- 4) Environnement : Des textes rédigés, on retiendra schématiquement trois secteurs d'accord :
- a) La définition des principes fondamentaux devant orienter le développement de la coopération en matière de protection et d'amélioration de l'environnement, de protection de la nature et d'utilisation rationnelle de ses ressources.
 - b) L'identification des objectifs principaux de coopération, notamment l'approche interdisciplinaire, la dimension géographique, la confrontation et -- s'il y a lieu -- l'harmonisation des méthodes de collecte et d'analyse des faits, enfin le rapprochement et -- dans la mesure du possible -- l'harmonisation des politiques.
 - c) L'identification des domaines de coopération souhaitables, retenus ici également à titre d'exemple, et s'établissant comme suit : lutte contre la pollution de l'air; lutte contre la pollution des eaux; utilisation des ressources en eau douce;

- 10 -

amélioration des conditions de l'environnement dans les zones d'habitation humaine; conservation de la nature et des réserves naturelles; utilisation des terres et des sols; recherche fondamentale, "monitoring", prévision et évaluation des modifications de l'environnement.

- 5) Coopération dans d'autres secteurs : Des quatre thèmes ici à l'examen - transports, tourisme, travailleurs migrants et formation des cadres - seuls le premier et le dernier ont été l'occasion d'enregistrer quelques textes, de portée limitée pourtant.

A retenir, en matière de transports, la volonté exprimée de favoriser le domaine de la sécurité des transports routiers, ferroviaires, fluviaux, aériens et maritimes.

S'agissant de la formation des cadres, accord s'est fait sur l'opportunité de favoriser les échanges de cadres et de techniciens, notamment sous la forme de stages.

- II. S'agissant de porter brièvement une appréciation globale des résultats acquis au cours de ces trois premiers mois de rédaction, nous retiendrons essentiellement trois éléments, correspondant en fait à une division en trois catégories des différentes questions soumises à l'examen des cinq organes de travail de la Commission II.

- 1) Au titre de la coopération économique intra-européenne dans son sens large, il est des matières qui apparaissent nouvelles - tout au moins telles que traitées au niveau multilatéral Est-Ouest - et d'un contenu généralement moins controversé, dans la mesure où celui-ci porte sur des éléments plus scientifiques que strictement économiques, et dès lors moins sensibles à la différence des systèmes éco-

./.

nomiques existants : c'est le cas de la coopération scientifique et technique, et de la coopération en matière de protection de l'environnement. Dès lors était-il logique que les progrès les plus sensibles dans la rédaction des thèmes relevant de la Commission II aient été enregistrés sur ces matières.

Si les domaines de coopération souhaitables ont pu être identifiés relativement aisément - une telle identification conservant, il est vrai, un caractère indicatif -, si les formes et modalités déjà convenues - et à convenir encore - de telles coopérations peuvent être envisagées sans soulever de trop nombreuses divergences de vues, il reste que le dispositif concret de mise en oeuvre de tels programmes de coopération s'est heurté aux difficultés inhérentes au démarrage d'actions communes dans des domaines nouveaux.

- 2) S'agissant des mesures particulières susceptibles de favoriser le développement de la coopération économique Est-Ouest, l'expérience a souvent révélé la difficulté d'aborder certaines questions qui, pour être d'une utilité indéniable, n'en faisaient pas moins référence à des aspects délicats dans le contexte des relations Est-Ouest : amélioration quantitative et qualitative de l'échange d'informations, facilitation des contacts entre opérateurs économiques, élargissement de la liberté d'initiative desdits opérateurs, développement des techniques de commercialisation et de leur application. Aussi n'est-il pas surprenant que la rédaction sur ces différents points, dans l'ensemble des organes de travail de la Commission II, n'ait progressé que lentement.

Au stade actuel de la phase rédactionnelle, c'est sur le seul domaine de l'amélioration de l'information que des accords

ont été enregistrés : il convient pourtant de retenir ce résultat comme positif, dans la mesure où les textes agréés font apparaître un progrès dans la disponibilité des partenaires en présence - et plus particulièrement du côté de l'Est.

- 3) Restent enfin les points fondamentaux de divergence, liés à la différence même des systèmes économiques en présence, et qui portent plus particulièrement sur les échanges commerciaux : application étendue de la clause de la nation la plus favorisée, réciprocité effective des avantages et des obligations, élimination des entraves discriminatoires au commerce, rythme équilibré d'accroissement du commerce extérieur dans les divers courants commerciaux, politique des prix. Aucun texte n'a pu être encore élaboré ici : nul doute que ces différents points constitueront les pièces essentielles de la négociation de dernière heure, dont l'issue apparaît, pour l'heure, incertaine.

Ultime remarque, en conclusion : si le débat d'avant Noël avait révélé une différence sensible d'approche quant au rôle et à la place de ce "volet" économique dans l'ensemble de la Conférence - l'Est paraissant, au contraire de l'Ouest (et notamment des Neuf), le vouloir plus politique que spécifiquement économique - la phase rédactionnelle a conduit les uns et les autres à un examen relativement détaillé et "technique" des divers points à l'étude.

3. Kommission III

Obwohl sich die westlichen und neutralen Delegationen anfangs Februar bereit erklärt hatten, zur Redaktion der vom Osten geforderten Generalpräambel für den "dritten Korb" überzugehen - auf das Risiko hin, dass diese restriktive Elemente enthalten könnte - war in den letzten zwei Monaten kaum eine Lockerung der östlichen Positionen in den Substanzfragen der Tagesordnung festzustellen. Die redaktionelle Arbeit in den vier Unterkommissionen geht nach wie vor sehr mühsam und schleppend voran, so dass bis jetzt nur wenige Texte verabschiedet werden konnten.

Unter diesen Umständen hat die Frage der Präambel selbst in den Augen des Ostens an Bedeutung verloren, denn wenn die Unterkommissionen keine starken und verpflichtenden Texte ausarbeiten, wird die Anrufung der Prinzipien im Sinne eines "Sicherheitsventils" überflüssig. Die östliche Insistenz auf der Redaktion einer Präambel hat sich auch bereits vermindert, und da der Westen ohnehin nie ein Interesse daran hatte, wurde bis kurz vor der Osterpause in der Kommission III kein einziger Satz verabschiedet.

Die Tatsache könnte an sich erfreulich sein, wenn sie nicht beweisen würde, dass der Osten das Interesse der Neun am "Korb III" offensichtlich am Anfang überschätzt hatte und nun gleichsam erleichtert feststellt, dass die EG-Staaten nicht mehr an der Formulierung klarer und verpflichtender Texte festhalten.

Zusammenhalt und Durchschlagskraft der Delegationen der Neun, einst die ersten Vorkämpfer für den "dritten Korb", haben in den vergangenen Wochen deutlich nachgelassen, und mehr als einmal waren es die neutralen Delegationen, vorab die schweizerische in der Information und die österreichische in den menschlichen Kontakten, die verhindern konnten, dass allzu schwache Texte verabschiedet wurden.

- 14 -

Bei der Gesamtbeurteilung der bisherigen Resultate im Bereich des dritten Tagesordnungspunktes der KSZE muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass in diesem Punkt die westlichen und neutralen Delegationen ausschliesslich als fordernder Teil auftreten. Es geht also hier nicht darum, sich östlichen Forderungen zu widersetzen, sondern die eigenen Ideen zu verwirklichen. Dies ist angesichts des Prinzips des Konsensus weitaus schwieriger als blossen Widerstand zu leisten. Andererseits gelang es im Verlaufe der Verhandlungen auch, eine ganze Reihe östlicher Formulierungen zu vermeiden, welche die Texte weiter ausgehöhlt hatten. Es bleibt nur die Hoffnung, dass das wenige Erreichte später auch wirklich von allen in die Realität umgesetzt wird. Dies würde allerdings eine Art von Kontrollinstanz im Anschluss an die KSZE bedingen.

Gewisse westliche Delegationen, vorab diejenige der Bundesrepublik, scheinen sich damit zu begnügen, dass die Themen des "dritten Korbes" auch für spätere Zeiten legitime Verhandlungsgegenstände bleiben.

Unsere Haltung bleibt weiterhin, das Möglichste an klaren und verbindlichen Formulierungen im "dritten Korb" auszuhandeln. Aber ohne die bisherige Unterstützung durch die Neun und die 15 ist diese Aufgabe noch schwieriger als zuvor.

Daneben hat die Schweiz - wie die anderen neutralen Delegationen - gewisse Koordinationsfunktionen übernommen, die sie jedoch nicht daran hindern, ihren Standpunkt zu verteidigen. Im Sinne einer "Arbeitsteilung" unter den Neutralen haben wir uns auf die Unterkommission "Information" konzentriert, wo wir auch als Autor eines der wichtigsten Vorschläge auftreten. Diese beiden Elemente gestatten es uns, in den informellen Verhandlungen, in welchen die eigentlichen Entscheide fallen, ein gewichtiges Wort mitzureden und in heiklen Situationen die Initiative zu behalten.

./.

a) Information

Die Unterkommission hat kurz vor der Osterpause nach fast siebenwöchigen zähen Verhandlungen in- und ausserhalb des Sitzungssaales einen Text zum Thema "Verbreitung gedruckter Information" verabschiedet. Er enthält wesentliche Elemente aus dem schweizerischen Vorschlag zu diesem Thema, wie etwa die schrittweise Erhöhung von Menge und Anzahl der Zeitungen aus anderen Staaten, die Forderung der schnellsten Liefermöglichkeit für diese Publikationen, die Möglichkeit, die nationalen Verteilernetze für deren Verbreitung zu benützen sowie die Vereinbarung von Zahlungsmodalitäten, die die Durchsetzung dieser Ziele ermöglichen. Die östliche Seite war bereit, auf diese Forderungen einzugehen, wenn diese in Form von Abkommen und Verträgen festgehalten werden, die zwischen den Verlagen und Verteilerorganisationen der einzelnen Staaten abzuschliessen sind. Da solche Verträge in der Praxis mit den Oststaaten ohnehin unzugänglich sind, war dies für uns annehmbar. Als Gegenleistung war der Osten bereit, eine Verpflichtung der Staaten zu übernehmen, geeignete Massnahmen zur Durchführung dieser Verträge zu treffen.

Der Text konnte ohne Klammern verabschiedet werden und stellt zusammen mit einem kurzen Abschnitt über mündliche Information (Vortragsreisen etc.) das bisher einzige Resultat der Unterkommission dar. Zur Zeit wird anhand des schweizerischen Vorschlages vom November 1973 das Kapitel "Zugang zu gedruckter Information" behandelt. Nach Ostern wird der zweite Teil unseres Vorschlages, der die Arbeitsbedingungen für Journalisten verbessern möchte, in die Redaktionsphase eintreten.

b) Menschliche Kontakte

In dieser Unterkommission konnte ein erster provisorischer Text zum Thema "Kontakte auf Grundlage familiärer Bindungen" verab-

schiedet werden, der allerdings noch einige Klammern enthält. Ein weiterer Text zum Punkt "Familienzusammenführung" steht kurz vor der Fertigstellung. Der letztgenannte Text brachte mehr Schwierigkeiten, da die Auslegung des Begriffes "Familie" umstritten und vor dem politischen Hintergrund der Nachkriegsjahre noch emotionsgeladen ist. Die Frage der Eheschliessungen dürfte einfacher zu lösen sein, wogegen die "Reisemöglichkeiten aus persönlichen oder beruflichen Gründen" wieder lange Diskussionen mit sich bringen dürften.

Im allgemeinen hat sich jedoch bestätigt, dass die Probleme in dieser Unterkommission nicht mit so grosser Deutlichkeit hervortreten wie in derjenigen über die Information. Die Vertreter der Oststaaten sind sich bewusst, dass bei den menschlichen Kontakten mit oder ohne KSZE doch der einzelne Staat das letzte Wort hat und die Dinge demzufolge unter Kontrolle bleiben. So reagieren sie in diesem Bereich auch nicht so empfindlich wie in demjenigen der Information, deren weniger kontrollierbare Verbreitung immer noch Abwehrreflexe hervorruft.

c) Kultur und Bildung

In diesen beiden Unterkommissionen geht die Arbeit nur sehr schleppend voran. Es war bisher noch nicht möglich, Fragen des Zugangs zu Werken der Kultur bzw. Bildungsinstitutionen für eine erste Lesung abschliessend zu behandeln.

Beim Thema "Zugang zu Werken der Kultur" steht ein Arbeitspapier zur Diskussion, in welchem, auf französische Vorschläge zurückgehend, von einer Reihe gemeinsamer kultureller Aktivitäten und der Schaffung entsprechender Institutionen die Rede ist (z.B. Errichtung einer Bank für kulturelle Daten; Zusammenstellung

eines Katalogs von Dokumentarfilmen; Abhaltung regelmässiger Buchausstellungen; Austausch von Bucherkatalogen zwischen Verlagshäusern etc.). Der Osten ist bereit, diesen detaillierten Vorschlägen aus taktischen Gründen seine Zustimmung zu erteilen, um so innerhalb des dritten Korbes das Gewicht dort zu setzen, wo sein Kontroll- und Einflussbereich nicht in Frage gestellt ist. Uneinigkeit herrscht hingegen unter den Staaten des Westens : Schweden, Italien und Kanada möchten einerseits aus nationalen Kompetenzüberlegungen keine Verpflichtungen auf diesem Gebiet eingehen, andererseits scheint ihnen der "Missionscharakter" der französischen Kulturpolitik ein Dorn im Auge zu sein. Demzufolge wird von dieser Seite her versucht, dem Text seinen teils verpflichtenden Charakter wieder zu entziehen.

In "Bildung" wurde wenigstens ein Teil des Textes "Zugang zu Institutionen der Bildung und Wissenschaft", wenn auch nicht ohne Vorbehalte, provisorisch registriert. Was die Vorbehalte betrifft, so versucht der Osten, sich mit der Klausel "unter gegenseitig akzeptablen Bedingungen" vor unerwünschter Einflussnahme abzusichern. Zur Zeit wird ebenfalls die Frage der Äquivalenz der Diplome diskutiert. Auch hier besteht noch keine Einigkeit, obwohl sich eine gewisse Tendenz abzeichnet, diesen Fragenkomplex einer internationalen Organisation, die sich bereits damit befasst, zu übertragen.

4. Suites de la Conférence

Un accord se dégage sur certains points à savoir la mise en place, sous la forme de groupes d'experts, des suites techniques et cela dans l'année même qui suivra la Conférence. Il est également de plus en plus admis que chaque pays, toujours pour une période de 12 mois, hébergera et organisera des réunions issues de la Conférence. En revanche, le problème des suites politiques est loin d'être résolu. Certains des Neuf désirent, en effet, que les suites politiques n'interviennent qu'à l'issue d'une période intermédiaire de 3 ou 4 ans au cours de laquelle on pourrait examiner de quelle façon les textes adoptés à la Conférence auront été mis en oeuvre. Le problème de la collaboration avec les organisations internationales existantes n'a pas encore été abordé.

D'une façon générale, on constate un regain d'intérêt du côté de l'Union soviétique pour les suites de la Conférence, regain qui peut être expliqué par la désunion existant actuellement dans le camp occidental qui permettrait à l'Union soviétique dans des suites organisées d'une conférence de pêcher en eaux troubles. Par ailleurs, du côté des Neuf, il est bien évident que minés par leurs dissensions internes, ils n'ont ni le temps ni l'esprit de développer une Ostpolitik commune, ce qui rend naturellement toute cohabitation avec l'URSS dangereuse pour eux dans un organe commun.

Concrètement, la Conférence est saisie d'un projet yougoslave de suites de la Conférence qui constituera sans doute dès la rentrée une base de rédaction.

5. Les problèmes méditerranéens

Il se dessine à la CSCE un clivage en ce qui concerne l'association des pays méditerranéens non-européens à la suite de ses travaux. D'un côté, il y a les Neuf ainsi que les pays neutres et non-alignés qui voudraient les y voir associés d'une façon ou d'une autre. De l'autre, les Etats-Unis, l'URSS et les pays socialistes, à l'exception de la Yougoslavie et de la Roumanie, voudraient que l'exercice méditerranéen de la CSCE se termine.

Les Neuf envisagent de faire adopter par la Conférence une déclaration sur les pays méditerranéens dont le texte ne nous a pas encore été montré et qui se heurte déjà à une opposition farouche des Etats-Unis. Ces derniers poursuivant, ici comme ailleurs, une politique constante, ne désirent pas laisser se développer des liens privilégiés entre les deux bords de la Méditerranée.

6. Date de la troisième phase

Il est difficile aujourd'hui de faire un pronostic définitif, mais il apparaît de plus en plus difficile de terminer la rédaction du document final avant la mi-juin (dans les domaines de la Commission III, moins de 20% des textes ont été écrits). Dès lors, il s'agirait de savoir si l'on peut encore tenir la troisième phase à Helsinki en juillet ou s'il ne serait pas plus opportun de la renvoyer en septembre ou octobre.

7. Niveau de la troisième phase

Sur ce plan-là, aucun accord n'a encore été atteint. Du côté des Neuf, on subordonne le niveau le plus élevé à un texte qui en vaille la peine. Les Américains n'ont apparemment pas cédé sur ce point aux Soviétiques lors de la dernière entrevue Kissinger à Moscou.